

"Noch kein eindeutiges Ja ..." in The Guardian (28. Oktober 1997)

Legende: In einem Artikel vom 28. Oktober 1997 beschreibt die linke britische Tageszeitung The Guardian die Strategie des Schatzkanzlers Gordon Browns hinsichtlich der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und die mögliche Einführung des Euro im Vereinigten Königreich.

Quelle: The Guardian. 28.10.1997, n° 47 006. Manchester: The Manchester Guardian and Evening News Ltd. "He wouldn't say yes .", p. 18.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/noch_kein_eindeutiges_ja_in_the_guardian_28_oktober_1997-de-08f6fbd9-873a-4d4d-8108-7db00fb7c945.html



Publication date: 06/07/2016

Noch kein eindeutiges Ja...

Zögerliche Haltung Browns angebracht

Dass Gordon Browns Versuch, den Märkten die Angst vor der Währungsunion zu nehmen, mit Kursverlusten an der Wallstreet einherging, die zu einer eineinhalbstündigen Unterbrechung des Handels führten, lag nicht an Brown selbst. Wieder zu Hause, kann Browns Aussage nur dann richtig verstanden werden, wenn der allgemeinen Stimmungslage mehr Bedeutung beigemessen wird als dem Wortlaut selbst. Eigentlich war erwartet worden, dass seine Stellungnahme zur Währungsunion selbst gegenüber der Opposition, die sich allzu ungerne festlegt, keinerlei Zweifel aufkommen ließe. Tatsache ist, dass Brown einen Beitritt zur WWU weder für die gegenwärtige Legislaturperiode definitiv ausschloss noch für die nächste Legislaturperiode definitiv bejahte. Gleichwohl könnte sich der gestrige Tag zu einem entscheidenden Moment im britischen Wechselspiel mit der WWU entwickeln. Brown machte dabei nicht nur deutlich, dass die Regierung während der nächsten Legislaturperiode so schnell wie möglich beitreten wolle (solange es die wirtschaftlichen Voraussetzungen ermöglichen), sondern leitete auch Maßnahmen ein, um die Unternehmen auf diesen Wandel vorzubereiten. Dabei wurden Pläne für den Aufbau eines leistungsfähigen Komitees ausgearbeitet, das die Wirtschaft auf eine Vollmitgliedschaft vorbereitet und die Akzeptanz des Euro im Vereinigten Königreich bereits im Vorfeld fördert.

Das eigentlich Überraschende an Browns Aussage bestand jedoch nicht darin, dass er sich die Möglichkeit für die nächste Legislaturperiode offen hielt (in Anbetracht der mit einer verfrühten Mitgliedschaft verbundenen hohen wirtschaftlichen Risiken eine höchst vernünftige Vorsichtsmaßnahme), sondern dass er eine Mitgliedschaft vor der nächsten Wahl nicht ausschloss – und geschähe dies nur, um den Märkten ein eindeutiges Signal zu geben. Auf Grund der landesweiten Unbeliebtheit dieses Vorhabens und der unklaren kurzfristigen Prognose des Finanzministeriums vom gestrigen Tage sowie auf Grund der Notwendigkeit, zuerst ein Referendum durchzuführen, kann gegenwärtig nur schwer eingeschätzt werden, welche unvorhersehbaren Umstände zu einem früheren Beitritt führen könnten. Der Zeitpunkt unseres künftigen Beitritts wird davon abhängen, inwieweit die Wirtschaft fünf vom Finanzministerium festgelegte Kriterien erfüllt. Das erste Kriterium einer nachhaltigen Konvergenz zwischen dem Vereinigten Königreich und den anderen WWU-Volkswirtschaften ist von grundlegender Bedeutung. Sollte die künftige Europäische Zentralbank die Zinsen erhöhen, weil alle anderen europäischen Länder einen Boom erleben, doch Großbritannien zur Überwindung der Rezession wesentlich niedrigere Sätze benötigte, wäre dies eine Katastrophe. Gegenwärtig ist der Konjunkturzyklus des Vereinigten Königreichs den anderen WWU-Bewerberländern um mehrere Jahre voraus, weswegen die Zinssätze hier zu Lande sieben, in Deutschland und Frankreich dagegen nur drei Prozent betragen. Bis zur Erreichung einer Konvergenz kann es viele Jahre dauern, auch wenn Optimisten der Ansicht sind, dass das Vereinigte Königreich bei einem Beitritt in einigen Jahren in Zeiten eines Abschwungs von einer boomenden Euro-Wirtschaft profitieren könnte.

Auch wenn das Finanzministerium die Beschäftigung zu Recht als eines der Kriterien betrachtet, muss hierbei darauf hingewiesen werden, dass die künftige Europäische Zentralbank (im Gegensatz zur Federal Reserve in New York) gesetzlich nicht verpflichtet ist, bei einer Änderung der Zinssätze die Beschäftigungslage zu berücksichtigen. Unklar ist ebenfalls, warum das Finanzministerium die Auswirkungen der WWU auf den Finanzsektor als eines der fünf Kriterien betrachtet, den Produktionssektor dabei jedoch unberücksichtigt lässt. Sofern dies bedeutet, dass der Eintritt in die WWU zu einem Wechselkurs erfolgt, der zwar der City dienlich ist, doch den Produktionssektor in Mitleidenschaft ziehen könnte, besteht Anlass zu äußerster Sorge.

Ansonsten ist die übliche politische Vorgehensweise angebracht: Ein Beitritt ist dann uneingeschränkt zu befürworten, wenn sich eine Mitgliedschaft positiv auf die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs auswirken würde, während die Unternehmen gleichzeitig verstärkt auf die Ankunft des Euro vorbereitet würden. Letzteres wäre auch von Nutzen, sollte ein Beitritt ausbleiben, zumal der Euro in Großbritannien so oder so eine Rolle spielen wird. Unternehmen wie Marks & Spencer haben bereits erklärt, Zahlungen in Euro zu akzeptieren. Die WWU kann zweifelsohne ein Erfolg werden, doch gegenwärtig wird der politische Nutzen eines Beitritts von Beginn an von den wirtschaftlichen Risiken, die mit einem verfrühten Beitritt verbunden wären, aufgewogen.